

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Stapelnummer 20 Pf. — Durch Verkäufer oder durch die Post: monatlich 2,00 Mk.,
vierteljährlich 6,00 Mk. frei ins Haus.

Verlagsort: Breslau, Nr. 22886
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Einzelnenpreis: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung oder deren Nummern 1,25 Pf., anderwärts 1,50 Pf.
Stellen- und Wohnungsangebote, Geschäfts- und Vermittlungs-Anzeigen 0,50 Pf.
Reklame: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung oder deren Nummern, hinter Text 4,- Pf.

Politische Uebersicht.

Zuchthausstrafen

Sollen nach einer Verordnung des Reichspräsidenten die Personen erhalten, die entlassene oder zur Entlassung bestimmte Angehörige der Freikorps oder ähnlicher Formationen zusammenschließen, um der Auflösung Widerstand zu leisten oder aufgelöste Verbände wieder zu vereinigen. Glaubt jemand im Ernst, daß diese Verordnung jemals praktische Anwendung finden wird? Werden in der „vollendeten Demokratie“ Deutschland Rechtsputzisten und Reaktionäre überhaupt auch nur ein bißchen unsanft angefaßt? Zuchthaus und Meucheltod sind in diesem Lande nur für Proletarier, Sozialisten und anständige Menschen da! Die Verordnung des Reichspräsidenten ist eine Komödie. Eine weitere Komödie ist die Loyalitätskundgebung der Kommandeure der Garnison von Groß-Berlin zur unbedingten Verfassungstreue! Welcher Rechtsputzist hat sich nach dem Mißlingen des Kapp-Putsch im März nicht wieder auf den Boden der Verfassung gestellt, um heute offen und geheim gegen die Verfassung zu konspirieren, den neuen Putsch zu organisieren! Loyalitätskundgebungen royalistisch-republikanischer Offiziere sind soviel wert wie der Sozialismus eines Koste, Ebert, Winiw. — Inzwischen geht die Organisation des berühmten Frontbundes lustig weiter. Werber mit einem täglichen Aufwandsgehalt von 100 Mark arbeiten im ganzen Lande. Geldgeber des Frontbundes sind außer den schwerindustriellen Kreisen, die der Deutschnationalen Volkspartei und Deutschen Volkspartei nahestehe, auch Hamburger und Bremer Großkaufleute, ferner das Siedlungsunternehmen des Hauptmanns Schmude in Wölpele i. W. — In den größeren Städten des Reiches bilden sich Offizierskorpsstrümpfe, die, ähnlich wie in Ungarn, die Aufgabe haben, Juden- und Arbeiterprogramme durchzuführen. Die Nachrichten über das Weiterleben des Weissen Schreckens in Ungarn ermutigen die deutschen Bravos natürlich. So wird aus Ungarn gemeldet:

Das Héjas-Detachement erschien in der Stadt Szolnok. 309 Personen wurden von ihm nach Abony vertrieben, von denen nach den bisherigen Feststellungen 13 Personen unter furchtbaren Torturen niedergemacht wurden.

Am vergangenen Sonntag erschienen mehrere Offiziere des Héjas-Detachements unter Führung eines Oberleutnants namens Tassy in der Stadt Kiskunhalas, verhafteten zahlreiche Arbeiter und Juden und verprügelten sie mit Eisenstücken und Ohrenjanzern. Am nächsten Tage lebten die Offiziere ihr blutiges Handwerk in Jászberény fort. Hier wurde der Advokat Dr. Bender seines Augenlichtes beraubt. Oberleutnant Joan Héjas hielt überall Reden, in denen er der Bevölkerung versicherte, es dürfe ihr dafür kein Leid zugefügt werden, wenn sie die Juden erschlage oder bei den Juden plündere.

Der Sieg der Bolschewisten gegen die Polen liefert der Reaktion selbstverständlich wieder neuen Stoff zur Heze gegen Sowjetrußland und das deutsche Proletariat. Mit der Lügenphrase des nahenden Spartakistenaufstandes und des Bolschewisteneinmarsches wirbt man zum Sympathien beim Bürgertum und sanktioniert die Küftung zum eignen Putsch. Deutsche Proletarier seid wach!

Die kapitalistische Republik.

I.

Die Steuerheranziehung der Besitzlosen.

Durch Verordnung vom 21. Mai 1920 hat der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 mit Wirkung ab 25. Juni 1920 in Kraft gesetzt. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesem Tage ab verpflichtet sein, 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers

als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers zu kleben. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde ihres Wohnortes oder Geschäftsortes Steuerkarten ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich.

II.

Die Steuerdrückebergerei der Besitzenden.

Die Dresdener Bank versendet an ihre Kunden Schreiben folgenden Inhalts:

„Angesichts der neuen 10-proz. Kapitalertragssteuer, die auch Zinsen aus Bankguthaben betrifft, werden Sie bereits erwogen haben, wie Sie der drohenden neuen Schwälerei Ihres Einkommens vorbeugen könnten; unbeschadet der Sicherheit der Anlage.“

Hier läme man ein höherverzinsliches, mündelsicheres Kalgapapier in Frage; wir sind ganz bereit, auf Wunsch nähere Auskunft zu erteilen.

So entziehen sich die Besitzenden der Steuerleistung, während die Besitzlosen auch den letzten Pfennig ihres Einkommens versteuern müssen.

Wie Wilhelm II. nach dem Kriege gelebt hat.

Zu folgenden Stellen in den dem ehemaligen Kaiser vorgelegten Berichten, Juli 1914

Der deutsche Botschafter in London: „Ich benutze jeden Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen.“

Der serbische Ministerrat kann zu keinem Entschluß über Oesterreichs Ultimatum kommen.

Der Minister Berchtold versichert, Oesterreich würde kein serbisches Territorium annectieren.

Der Haager Schiedspruch soll entscheiden.

Nationale Würde Serbiens.

Der deutsche Einfluß soll Oesterreichs unerfüllbare Forderungen unterdrücken.

Zu den Demonstrationen der Berliner Arbeiter.

bemerkte Wilhelm:

„Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm. Geht ihm gar nichts an!“

„Nur feste auf die Füße des Gefinbeis getreten!“

„Gel!“

„Blödsinn!“

„Gibt es nicht!“

„Wie läme ich dazu! Geht mich gar nichts an!“

„Im Wiederholungsfall werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen. Wir können jetzt keine Soz.-Propaganda mehr dulden!“

Und dem Kriege haben alle Parteien, mit einziger Ausnahme der U. S. P. den Glorienschein des nationalen Verteidigungskrieges verliehen. Am 6. Juni wird das leidende deutsche Volk die Quittung geben

durch Abgabe

des Stimmzettels für die U. S. P.

Krupp baut weiter Kanonen.

Von offizieller französischer Seite wird erklärt, daß man die Firma Krupp bereits seit längerer Zeit verdächtigt hat, noch weiteres Kriegsmaterial herzustellen. Bei einer Untersuchung hat sich herausgestellt, daß in der Tat 75-Millimeter-Geschütze hergestellt wurden. Es ist befohlen worden, diese Erzeugnisse zu vernichten und ferner wird über das Werk eine strenge Aufsicht angeht werden.

Zweifellos wird in ganz Deutschland Kriegsmaterial zum Zwecke der Niedererkartätschung des Proletariats hergestellt.

Der Demokrat redet wieder.

Reichswehrminister Dr. Geßler in einer Versammlung der demokratischen Partei in Potsdam:

„Die Reichswehr müssen wir haben und der Geist von Potsdam müsse in der Reichswehr sein, denn der Geist von Potsdam ist Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Treue. Ein Staat, der seinen Bürgern nicht Ruhe und Ordnung verschafft, hört auf, ein Staat zu sein.“

Der Geist von Potsdam, das ist Ludendorff, Lüttwitz, Ehrhardt, Marloh, das ist der tödliche Haß gegen das Proletariat!

Demokratie.

Die demokratischen „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind in den Besitz der Schwerindustrie übergegangen. Es ist noch nicht klar erwiesen, ob Stinnes oder Thyssen die Käufer sind.

Der Siegeszug der Bolschewisten.

Seit Freitag ist Rinsk im Besitz der Bolschewisten. Zwischen Dünaburg und Witebsk rücken die Roten Truppen weiter vor.

Kadel über die polnische Gefahr.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Kowno: Die letzte Nummer des führenden Bolschewistenblattes „Iswestia“ veröffentlicht einen Artikel von Karl Kadel, in dem dieser in sehr entschiedener Weise auf die Gefahr aufmerksam macht, die Rußland von Polen droht und erklärt, Rußland müsse sich klar darüber sein, daß Polen ein gefährlicher und starker Feind sei und daß der Krieg nur dann zu einem schnellen und siegreichen Abschluß gebracht werden könne, wenn Rußland alle ihm zur Verfügung stehenden Truppen schnell gegen Polen zusammenziehe. Es sei eine Notwendigkeit für Sowjetrußland, das weiße Polen zu vernichten. Rußland könne ein weißes Polen nicht neben sich dulden. Das Sowjetystem sei erst dann gesichert, wenn das Rußland ein bolschewistisches Polen an seiner Seite habe.

Die Bewegung im Orient.

Man meldet den Blättern aus Konstantinopel, daß in Istanbul ein mohammedanischer Aufstand zum heiligen Krieg angeblasen wurde, in dem die Muselmanen der ganzen Welt zum Kampfe für die Rettung des Islams aufgerufen werden. Die Propaganda weist darauf hin, daß der Friedensvertrag in Wirklichkeit die Vernichtung des Islams bedeuten würde.

Es wird gemeldet, daß Galiläa von arabischen Kriegskräften überfallen ist. Die französische Zone ist in der Hand der Mohammedaner. Die Franzosen erlitten schwere Verluste. Die Bevölkerung flieht nach der englischen Zone, die ebenfalls bedroht ist. In Damaskus rücken die Araber weiter vor. Damaskus und Bagdad sind eingeschlossen. Die militärische Entente-Kommission, die von Bagdad aus die Strecke Bagdad-Damaskus ruudern und die Schienenlegung draufführen sollte, wurde überfallen und getötet. Auch Jerusalem ist von den Arabern besetzt. Eine Reihe jüdischer Dörfer in Palästina, darunter dasjenige auf dem Ölberge, wurde zerstört.

Das selbständige Lettland.

Am 27. Mai proklamierte die lettische Nationalversammlung einstimmig Lettland als unabhängigen Staat auf demokratischer Grundlage. Für diese feierliche Erklärung stimmten auch sämtliche nationalen Minderheiten, deutsche Russen und Juden.

Der Sinn des Sozialismus.

In den Mittelpunkt unseres Kampfes müssen wir die Forderung auf Durchführung des Sozialismus stellen. Die technischen und ökonomischen Vorbedingungen für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind gegeben. Es handelt sich darum, auch in den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter das Bewußtsein zu schaffen, daß der Sozialismus notwendig ist. Daran hat es bisher noch in hohem Maße gemangelt. Vor dem Kriege war die Arbeiterbewegung allmählich viel zu sehr erfüllt von dem

Geiste eines allzu genügsamen Reformismus. Die Tagesforderungen und die Tagesinteressen beschäftigten allzusehr den Sinn der Arbeiter. Der Sozialismus war für viele ein in der Ferne verschwimmendes Ideal geworden. Das war ja gerade die größte und verhängnisvollste Schuld des Kapitalismus, daß er die Arbeiterklasse in hohem Maße mit rein materiellen Sorgen erfüllte, wie er überhaupt den Geist aller Gesellschaftsklassen vergiftete, indem er den ganzen Sinn der Unterdrückten auf den Kampf um die tägliche

Notdurft, das Trachten der anderen auf die Blümmerei und Karrierebestreberei hinlenkte. Auch bei Beginn der Revolution machte sich das Fehlen einer wirklich sozialistischen Ueberzeugung und der tatbereiten Einsicht, daß jetzt die Stunde des Sozialismus gekommen sei, sehr stark fühlbar. Und deshalb gilt es jetzt, den Wahlkampf zur intensivsten Propaganda nicht für einzelne Teilreformen, sondern für den Sozialismus selbst auszunutzen. Das kann geschehen, weil die Revolution die vorbereitenden Kämpfe des

Proletariats in der Hauptsache zu einem gewissen Abschluß gebracht hat. Eine Reihe politischer Reformen ist allerdings verwirklicht. Sie sind noch nicht endgültig gesichert und auch dafür wird der Ausgang des Wahlkampfes von Bedeutung sein. Aber im wesentlichen handelt es sich in Zukunft um die wirklichen Entscheidungskämpfe zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung, um die große Menschheitsfrage der Beseitigung der Klassenherrschaft.

Eine Menschheits- und keine Messer- und Gabelfrage! Die materielle Not, die der Kapitalismus über die Arbeiterklasse verhängt, für die es im kapitalistischen System vorübergehende Linderung aber keine Beseitigung gibt, hat das Proletariat befähigt, die historische Bedingtheit des Kapitalismus zu erkennen und seine Beseitigung als das Endziel seiner Politik zu erstreben. Aber die Beseitigung des Sozialismus bedeutet weitaus mehr als eine bloße Linderung der Not breiter Massen; sie bedeutet den Beginn einer ganz neuen Kulturrepoche. Die bisherige Geschichte hat große und bedeutende Kulturwerte geschaffen. Aber im Vollbesitz dieser Kultur ist heute trotz aller Aufklärungs- und Bildungsarbeit nur eine kleine Minderheit. Die große Mehrzahl ist von ihrem Genuß ausgeschlossen, weil das Monopol an den Produktionsmitteln, weil die Klassenherrschaft zugleich das Monopol der höheren Bildung für die Herrschenden bedingt. Sozialismus aber bedeutet, daß die Sorge um die materiellen Bedürfnisse des Daseins aufhört. Die Frage, werde ich heute noch zu essen haben, werde ich morgen über eine Wohnung verfügen, mich kleiden; werde ich mich in Zukunft etwas besser nähren, etwas gesicherter existieren können oder droht wieder Arbeitslosigkeit und bitterster Mangel — diese Fragen, die trotz aller Gegenwehr in der kapitalistischen Gesellschaft den Sinn der Millionen erfüllen, sie werden endlich verschwinden, weil die Sicherung des Daseins — und mag es in der Übergangszeit auch noch ein sehr arbeitsames und nicht allzu genussreiches sein — endlich erreicht sein wird.

Die Sicherung der Existenz bedeutet aber die größte Umwälzung in der Menschheitsgeschichte. Denn das bedeutet, daß die materiellen Sorgen im Dasein der Menschen endlich in den Hintergrund treten und damit die Menschheit sich befreit von der Knechtung durch die Tagesorgen, der Arbeit an der Weiterentwicklung der Kultur, an ihrer stetigen, immer fortschreitenden Emporzüchtung widmen kann. Und nicht mehr wird der Kulturbesitz Privileg einer Minorität und nicht mehr die Kulturarbeit das Werk kleiner Schichten sein. Denn mit dem ökonomischen Monopol ist auch das kulturelle, das Bildungsmonopol gefallen, das drückendste aller Privilegien der Klassengesellschaft. Jetzt können in den Dienst der Emporarbeit wirklich alle nach den natürlichen Fähigkeiten, die sie besitzen, gestellt werden, und alle können nach ihrer Empfänglichkeit an dem Genuß der Kulturgüter teilnehmen. Mit ganz anderer Intensität als je vorher werden die großen Probleme der Wissenschaft und Kunst die Menschen beschäftigen, mit unendlich viel reicheren Kräften können sie gelöst werden. Deshalb bedeutet Sozialismus nicht nur Beseitigung des Elends, deshalb ist der Sinn des Sozialismus nicht erschöpft, wenn man ihn nur als eine vernünftigeren ökonomischen Organisation der Produktion betrachtet, sondern Sozialismus bedeutet vor allem einen kulturellen Vormarsch von ungeheurer, in seinen Wirkungsmöglichkeiten noch nicht absehbarer Bedeutung und deshalb sind wir im wahren Sinne die Kulturpartei, die einzige der Gegenwart.

Aber der Sozialismus bedeutet auch in anderer Beziehung eine außerordentliche Leistung: Er verändert von Grund aus die bisherigen Beziehungen der Menschen untereinander, indem er die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse beseitigt. Die Klassen hören auf und damit die Existenzweise des Proletariats, die Unsicherheit, die geistige,

Garden über die Ermordung Paasches.

Die schändliche Regiererei der Demokraten und Sozialisten hat es ermöglicht, daß nun, nach Tausenden, Abertausenden, auch Hans Paasche gemordet wurde.

Er schritt ins vierzigste Lebensjahr; und war im Dom der Seele doch ein Knabe geblieben. Ein leicht zu lenkender, leicht zu verleitender Knabe. Oft hat er, jämmerlich manchmal, getriert; niemals sich der Menschenwürde entkleidet. Auf eines Weltbürgers Wage hätte er mehr Gewicht als der ganze Praß unserer ehrenwerten Reichsminister. Denn in ihm war Güte, war edler Wille zu Reinheit und nazarenischer Mut, sich selbst zu erkennen, aufwucherndes Unkraut, Drang in Erwerb und Ruhm, Jagdgier und Unfähigkeit, auszuroden, sich in den Büßerswinkel zu stellen. Kein Starler, dem zu einsamen Flug die Schwinge wuchs. Spielerisch noch bis in die Sucht, die Nächsten zu bessern und zu belehren, in allen Strömen, Bächen, Tümpeln sogar irgendetwas „Lebensreform“ voran zu schwimmen oder zu waten. Bis an den Rand des Seelengefäßes aber voll von dem rein glühenden Streben, als nützlich dienendes Glied sich der Menschheit, junger Volkheit einzufügen. Selten nur sah ich ihn; kam er, so trieb ihn fast immer Erlebnisse, das er allein nicht zu tragen vermochte. Und ging er, so blieben seine braunen Rinderaugen bei mir. Als ich den Mordmord und das Januargemetz belichtet hatte, blickten sie aus fast zärtlicher Sorge mich an. „Sie werden der Nächste sein. Ich weiß, wie das Gefindel Sie haßt. Gehen Sie fort, oder erlauben Sie uns, für Sie zu wachen.“ „Und Sie selbst? Sind Sie nicht in Gefahr?“ „Ich sitze jetzt ja still in Waldfrieden, treibe nicht Politik und meine Leute haben mich lieb.“ Alle Armen, Schlichten, Mühseligen hatten ihn lieb; in der Marine, in Afrika, auf seinem Gürtchen. Dort starb ihm vor einem Jahr die geliebte Frau, die des braunen Knaben blondes Jungmädchen geblieben, des fahigen Planers in Rede und Schweigen behutsam liebliche Gefährtin geworden war. Dort haben sie ihn aus dem Bad geholt, mit Lügenlöcher in eine weit ausgedehnte Postenkette gelockt und den Halbnahten aus vier Feuerschlünden erschossen. Weil dem „Stellvertreterden Plöckkommissar bei der Regierung in Schneidemühl“ die blödsinnige Mär zugezählt worden war, vieler Sanfte, vor dem Heiligum jedes Menschenlebens Andächtige habe heimlich Waffen gesammelt; und weil er, der die bestürzten Landstrolähe mitleidig sah, die Regierer aber inbrünstig verachtete, in blühender Eiferkenntnis der Todesgefahr, wie ein waidwundes Wild sich ins Dickicht zu bergen suchte. Deshalb ist er zu einem blutigen Anäuel zerhauen worden, das nicht mehr bis an die Grabstätte der Frau gebracht werden konnte. Deshalb wurde vier kleinen, mütterlosen Kindern der treue Vater geraubt. Das zuständige Reichswehrgruppenkommando hatte für die Schlächt in Waldfrieden sechs Mann, zwei Offiziere, ein Maschinengewehr mobil gemacht.

In das Haus jedes Deutschen, des schuldlos friedlichsten, darf, ohne Vollmachtsausweis und Passierschein, ein Soldnerschwarm mit Kriegswaffen eindringen; trachtet der Ueberfallene, sein Leben zu retten, so wird er „auf der Flucht erschossen“. Deutsche Demokratie. Nie ist, niemals bis heute ein für solches niederträchtige Verbrechen Haftbarer gefunden, nie ernstlich gesucht worden. Wer den Parteien, aus deren versenktem Schoß diese Regierung auskroch, seine Stimme gibt, wird an der Schande mitgeschuldig.

(Aus „Die Wahl der Schande“, Nr. 35 der „Zukunft“ vom 29. Mai, Herausgeber Maximilian Garden).

moralische und materielle Herabdrückung der großen Massen zugunsten einer Minorität. Die soziale Ungleichheit schwindet, und für die Entfaltung der natürlichen menschlichen Fähigkeiten wird freie Bahn geschaffen. Der Mensch hört damit endlich auf, Mittel und Werkzeug anderer Menschen zu sein, er wird, wie Kant es als ethische Forderung gestellt hat, endlich Selbstzweck. Der Mensch hört auf, für den anderen Menschen nach dem bekannten Worte ein reißendes Tier zu sein, das ihn belauert, wie es ihn am besten als Beute verzehre. Zum erstenmal seit den Zeiten des Urkommunismus werden nicht Klasseninteressen die Gesellschaft spalten, sondern das Gemeininteresse wird alle ihre Mitglieder vereinen; zum erstenmal wird wahre Solidarität die Grundlage der Gesellschaft und ihrer Ethik bilden können.

Diese völlige Umgestaltung der menschlichen Beziehungen, diese Erhebung der Feindseligkeit durch die Zusammenarbeit bedeutet wiederum eine außerordentliche Stärkung der Kräfte der Menschheit, die sie in den Dienst ihrer Höherentwicklung stellen kann.

Mit diesem Bewußtsein müssen sich alle Kreise der Werktätigen erfüllen. Denn wenn Sozialismus möglich sein soll, so brauchen wir jenen Schwung und jene Begeisterung der Massen, ohne die nichts Großes geleistet werden kann. Diese Begeisterung darf nicht erstickt werden durch Alltagsorgen und Alltagskummer; die Massen müssen wissen, daß sie in den Dienst einer geschichtlichen Aufgabe gestellt sind, die die größte ist, die einer Generation von Menschen vielleicht je im Laufe der geschichtlichen Entwicklung gestellt war. Denn nur, wenn sie es wissen und wollen, kann der Sozialismus siegen. Dann ist aber auch sein Sieg sicher und unaufhaltsam!

Republik Deutschland

Der agrarische Lieferstreit.

Nach den genauesten Berechnungen und Schätzungen des Verbrauchs von Roggen und Weizen in Deutschland für die menschliche Ernährung kamen vor dem Kriege auf den Kopf der Bevölkerung täglich 152 Gramm Weizen- und 166 Gramm Roggenmehl, zusammen 318 Gramm täglich. Die erste Brotrationierungsverordnung (vom 9. 2. 15) setzte die tägliche Mehlerverbrauchsmenge auf 225 Gramm pro Kopf der Bevölkerung fest. Diese Menge ist im Verlaufe des Krieges und auch noch später mehrfach herabgesetzt und wieder erhöht worden. Die 225 Gramm (in der Qualität verschlechterten Mehls) blieben aber immer das Maximum, auf das der Verbraucher einen Rechtsanspruch hatte.

Dieser Vergleich macht bereits mit genügender Deutlichkeit klar, wie stark die Einschränkung des Brotkonsums gemessen ist, die die nichtbesitzende Masse der Bevölkerung hat ertragen müssen. Über selbst das Minimum an Brot ist mehrfach gefährdet gewesen. Auch zur Zeit besteht wiederum die Gefahr, daß der Bevölkerung nicht einmal die geringe Brotmenge geliefert werden kann, die sie bisher erhielt. Die Reichsgetreidestelle hat vor einigen Tagen an die „selbstwirtschaftenden“ Kommunalverbände ein Mundschreiben gerichtet, durch das sie sofortige Ablieferung der für die Versorgung nach dem 15. Juni bestimmten Korn- und Mehlmengen verlangt. Zur Begründung führt die Reichsgetreidestelle an, daß trotz allen Mahnungen und Prämien die Ablieferungen der Landwirte unbefriedigend geblieben seien und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der Brotversorgung bestünde. Die Kommunalverbände sollen für die jetzt zur Verfügung gestellten Mengen Ersatz aus Auslandslieferungen erhalten, deren Eintreffen die Reichsgetreidestelle täglich erwartet.

Diese Notmaßnahme, deren Erfolg sehr zweifelhaft ist, ist durch den agrarischen Lieferstreit notwendig geworden.

Die Antwort Moskaus.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D. übermittelt uns den Text des Antwortschreibens, das das Exekutivkomitee der III. Internationale an die Partei gerichtet hat. Eine ausführliche Antwort des Zentralkomitees wird in der nächsten Zeit herausgegeben werden. Eine aus einigen Mitgliedern des Zentralkomitees bestehende Kommission wird sofort nach Abschluß der Wahlen nach Moskau gehen, um in mündlichen Verhandlungen eine Verständigung mit der III. Internationale herbeizuführen.

An alle Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und an den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anlässlich des Beschlusses des Leipziger Kongresses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Kommunistische Internationale.

Der letzte Kongreß der U. S. P. D. faßte den Beschluß sich an die Kommunistische Internationale und „andere sozialrevolutionäre Organisationen“ mit dem Vorbehalt zu wenden, sich zu einer gemeinsamen internationalen Organisation zu vereinigen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hält es für seine Pflicht, diese Frage vor das Forum aller revolutionären Arbeiter zu bringen. Das Exekutivkomitee nimmt an, daß nur eine offene Erörterung dieser Frage vor den breiten Arbeitermassen aller wirklich revolutionären Elemente der internationalen Arbeiterbewegung möglich ist und nicht eine hinter den Kulissen abgeschlossene Vereinbarung. Die folgenden Ausführungen sind somit die Antwort auf den Brief Crispianus vom 15. Dezember 1919, der dem Exekutivkomitee der Dritten Internationale zugestellt und in der „Freiheit“ vom 2. Januar 1920 abgedruckt wurde.

I. Die der U. S. P. angehörenden Arbeiter und ihre Führer in der Revolution.

Die Kommunistische Internationale ist sich dessen bewußt, daß die Arbeiter, die der U. S. P. angehören, ganz anders gemüht sind, als der rechte Flügel ihrer Führer. Dies ist der Ausgangspunkt unserer Beurteilung der Lage in der U. S. P. Die Kommunistische Internationale betrachtet den

Leipziger Beschluß der U. S. P. als einen Umschwung in der politischen Richtung der Partei, der sich unter dem Drucke desjenigen Teiles der Arbeiterklasse Deutschlands vollzogen hat, der in dieser Partei organisiert ist. Dieser Teil der Arbeiterklasse stellt sich auf Grund der ganzen Erfahrung der Revolution immer mehr und mehr auf den Standpunkt der proletarischen Diktatur und des Kampfes um diese Diktatur unter der gemeinsamen Fahne der kommunistischen Internationale. Dieses verhindern in hohem Grade die opportunistischen rechten Parteielemente, die geprägt sind, alles Mögliche mit Worten anzuerkennen, die aber die tatsächliche Entwicklung der Revolution auf jede Weise hemmen. Diese opportunistischen „Zentralkomitee“ haben während des imperialistischen Krieges das Proletariat von allen Massenaktionen zurückgehalten, haben die verräterische Linie der Verdrängung des bürgerlichen Vaterlandes unterstützt, haben die Notwendigkeit einer illegalen Organisation verneint und gesprochen vor dem Gebotenen an den Bürgerkrieg zurück. Am Beginn der Revolution sind sie mit den offenen Verrätern der Arbeiterklasse — den Scheidemannern — in eine gemeinsame Regierung eingetreten, haben die schändliche Ausweisung der Berliner bolschewistischen Proletariats Russlands sanktioniert und haben die Politik des Abdrucks der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetmacht unterstützt. Diese rechten Führer der „Unabhängigen“ haben seit Beginn der deutschen Revolution die Extern-Orientierung gepredigt und sich mit allen Kräften dem Parteivorstand Deutschlands mit Sowjetrußland widersetzt. Die rechten Führer der „Unabhängigen“ haben unter Deutschlands Proletariat hysterisch kleinbürgerliche Illusionen über das Wesen des „Nationalismus“ geät. Die rechten Führer der „Unabhängigen“ haben Wilson gepriesen und ihn als Verteidiger eines gerechten Friedens, als Vertreter der „Demokratie“ usw. hagiographiert. Dem der Inhalt dieser rechten Führer blieb die Staatsmaschine des imperialistischen Deutschland, das sich nur mit der republikanischen Fassade verhält, vollständig unberührt. In entscheidenden Augenblicken (Januar 1919) des Kampfes mit den Feinden der Arbeiterklasse — Kossel u. Co. — schlugen die rechten Führer der „Unabhängigen“ eine „versöhnliche“ Richtung an, die den rechten Flügel des revolutionären Willens

der Arbeiter, zerfetzten die Einheit des Proletariats im Kampfe und förderten dadurch seine Niederlage.

Erst verneinten sie die Diktatur der Räte überhaupt und standen vollständig auf dem Standpunkt der bürgerlichen Demokratie. Dann gingen sie an, ein Gemisch aus den Kräften und der konstituierenden Versammlung zu propagieren (der Plan Hilferdings). Bis jetzt schwanken sie zwischen diesem und jenem, wenn es sich um die Tat handelt. Ihre literarischen Vertreter (Kautsky), die sich in ein und demselben Verlage mit den bürgerlichen Pazifisten, „Demokraten“ und aufrichtigen Dienern der Börse und der Bank treffen, finden keine bessere Beschäftigung, als den schmutzigen Klatsch der russischen und anderen Gegenrevolutionäre über die russische Revolution zu verbreiten. Eine derartige, alles übertreffende stumme und unehrliche Verleumdung, wie die angebliche „Sozialisierung der Frauen“ in Rußland, die von den Generalen und Spionen der Entente erfunden ist, findet im Buche Kautskys Platz. Das letzte Werk dieses Schriftstellers, „Terrorismus und Kommunismus“, erscheint in demselben Verlag wie das Sammelwerk gefälschter, in Amerika erfundener Dokumente über die „Bestechung“ der Bolschewiki durch den deutschen Generalstab.

Diese Beispiele genügen, um die wahre Physiognomie einer Reihe der rechten Führer der U. S. P. zu kennzeichnen. Die zu dieser Partei gehörenden Arbeiter müssen verstehen, daß die Arbeiterpartei, ohne den vollständigen Bruch mit solchen rechten Führern zu vollziehen, die Entwicklung der proletarischen Revolution nicht erleichtern kann. — Es ist jetzt vollständig klar, daß die Revolution in Deutschland einen solchen qualvollen Verlauf nimmt, weil es den Scheidemannern gelungen ist, das Volk zu entwaffnen, weil der Ausbruch der Revolution nicht zur Verbindung Deutschlands mit Sowjetrußland führte, weil der alte Machtapparat in Gang geblieben ist. Ein ungeheurer Teil der Schuld und der Verantwortung dafür fällt auf die rechten Führer der U. S. P. — Um die Linie gerade zu biegen, müssen die Fehler verstanden und korrigiert werden. Diese Parteilinie gerade zu biegen, wenn auch über den Kopf einiger Führer hinweg, darin vor allem besteht die Aufgabe der zur Partei der Unabhängigen gehörenden Arbeiter. (Kortikana folgt.)

Weichen Umfang dieser bereits angenommen hat, das zeigt gerade zur rechten Zeit die „Frankfurter Zeitung“ an einem hervorragenden Beispiel. In Bayern setzt der Kommunalverband auf Grund der Ernteschätzungen und der Ertragsprognosen fest, was der einzelne Besitzer abzuliefern hat. Dabei ist nun folgendes Verhältnis zwischen Lieferfall und tatsächlicher Ablieferung festgestellt worden. Von den angeforderten Weizen- und Getreidemengen wurden nur abgeliefert:

1917	93,9 Prozent
1918	71,7 Prozent
1919	69,5 Prozent

Das Verhältnis dürfte in gewissen großagrarischen Gebieten Preußens noch erheblich schlechter sein. Mehr noch als die durch eine wüste Agitation aufgeheizten bayerischen Zentrumshäuser tragen die Ostelbier der Regierung — und besonders seit der Revolution. Die Regierung aber vergilt ihnen die offene Feindschaft, die Sabotage aller Wiederaufbauarbeit, mit immer erneuten Liebesgaben, die das verzehrende Volk bezahlen muß. Für das neue Erntejahr sind den Getreideproduzenten Preise zugesagt, die alle bisher schon erreichten weit hinter sich lassen. Die Regierung erwartet davon eine Steigerung der Produktion. Mit wieviel Recht oder Unrecht, das wird sich bald zeigen. Jedenfalls haben alle Vorkriegs-Liebesgaben an die Agrarier (durch Schutzzölle) nur den Erfolg gehabt, die (heute mehr als je zuvor notwendige) Intensivierung der Agrar-Produktion zu hemmen. Jedenfalls beschleunigt die augenblickliche Notlage der Reichsgetreidefelle, die sehr leicht zu einer Katastrophe für die ärmeren Schichten werden kann, der Regierung den Vankrott ihrer Politik des Entgegenkommens an die Agrarier. Einer solchen Regierung aber darf kein Brotverbraucher, der aus lauzem Arbeitsverdienst die Aufwendungen für seine Ernährung bestreiten muß, bei den Wahlen seine Stimme geben.

Aus der Provinz.

Versammlungen der U. S. P.

Vor einigen Tagen hielt Genosse Eckert-Breslau im Gottesberger Revier gut besuchte und sehr erfolgreiche Versammlungen ab. In Alt-Lässig und Oberhermsdorf, wo er über das Thema: „Die U. S. P. D. und die Wahlen“ sprach, meldeten sich in der Diskussion Gegner nicht zum Wort. Neuaufnahmen, Zeitungsbestellungen und Beiträge zum Wahlfonds waren der äußere Erfolg. In Schwarzwaldau und Rothbach sprach Genosse Eckert als Diskussionsredner in Zentrumsversammlungen, in denen der zentrumliche Reichstagskandidat Dr. v. Klobb-Landeshut referierte. Seine scharf kritischen Ausführungen über die völkisch-kapitalistische Politik des Zentrums riefen überall großen Beifall hervor. In Rothbach verließen ein paar Zentrumschaffeln mit ihrem Pfaffen und Referenten an der Spitze fluchtartig den Saal, als Genosse Eckert seine Liebe gegen das Zentrum ausstellte. Die Versammlung wurde dann unter Leitung des Genossen Schuberth-Lässig weitergeführt. Auch hier waren Neuaufnahmen usw. zu verzeichnen.

Soziales.

Breslau, den 1. Juni.

Entweder — Oder.

Am Stille der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven: freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit Niemandes Dual, weil Jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein Jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hilft nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßiggängers Strafe!

Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerverhaft, Rassenhaft entworfen. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Rede nicht mehr durch Menschenmord gehandelt. Erst dann wird es heißen: dieser Krieg ist der letzte gewesen.

Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsweg der Menschheit. Neben den zusammenstürzenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft loeren wie ein feuriges Meteorit die Worte des „Kommunistischen Manifests“:

Sozialismus oder Untergang in des Barbarei!

Die schlesischen Konterrevolutionäre,

mit dem Firmenschild „Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier“, hielten vergangenen Sonnabend, mittags 1 Uhr, wiederum eine Sitzung im Wingenhauser ab. Es waren nur numerierte Einladungen ergangen, die die Unterschrift des berechtigten Agrarier-Scharfmachers Kohnstoc trugen. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Kurzer Bericht über die Arbeiten der Statuten- und Versicherungs-Kommission.
2. Feststellung der Fortschritte der Organisation in den Kreisen.
3. Wahlen.
4. Die Finanzplanung.
5. Nachrichtenwesen und Propaganda.
6. Wünsche und Anträge.

Es wurde mitgeteilt, daß der Zweck der Vereinigung in dem Schutz zur Erhaltung des Privateigentums bestehe. Die Mitgliedschaft kann vom 18. Lebensjahre an erworben werden; es gibt zahlende und kämpfende Mitglieder. Die Organisation im Lande macht gute Fortschritte; jeder Kreis hat einen Kreisleiter, die Gruppenführer sind die militärischen Leiter. In die Provinz-Listung des Verbandes wurden nebst anderen die Exzeptionäre Kohnstoc und Dr. Gröger gewählt. Jeder Kreis, von denen 50 aufgestellt sind, hat eine Million Mark zur Finanzierung aufzubringen. Das Geld soll sobald wie möglich eingezahlt werden, einige Tausend Mark müssen innerhalb acht Tagen dem Bankhaus Eichhorn & Co., Breslau, überwiesen werden. Ein sudetisches Büschchen ersuchte dann, daß die rote Armee der Spartakisten bereits 500.000 Mann stark sei und von russischen Offizieren, die sich augenblicklich in Berlin aufhalten, geführt werde. Am 15. Juni

werde der Putz der Spartakisten beginnen. (Wir können dem Büschchen zur Ergänzung mitteilen, daß der Putz früh 5 Uhr 22 Minuten beginnt, bei schlechter Witterung findet er im Saale statt, Kinder zahlen halbe Preise). — Die hiesigen Studenten in Stärke von 2000 Mann werden sich im Falle einer Aktion der Reichswehr anschließen und evtl. auch den Schutz der Landgüter mit übernehmen. Davon wurde angegeben, daß die Einwohnerwehr in Schwednitz ihre Waffen in Stärke von 900 Gewehren und 2 Maschinengewehren dem Heimatschutzverband restlos zur Verfügung gestellt habe. Die Bewaffnung der Schutzverbände soll so schnell wie möglich durchgeführt werden. Im Falle eines Kampfes müssen die Dörfer und Güter untereinander in ständiger Adler-Verbindung stehen. — Auch diese Tagung des Heimatschutzverbandes hat den wahren Charakter der Vereinigung enthüllt. Gelb ist in Mengen vorhanden, so daß dem Herrn Kohnstoc bald ein Auto zu Propagandazwecken zur Verfügung stehen wird. Wie noelidend müssen die Agrarier sein, wenn jeder Kreis (im ganzen 50) nur eine Million aufzubringen hat. Auch die Mitteilung über die Verschiebung der Waffen der Schweidnitzer Einwohnerwehr in die Hand des Schutzverbandes ist sehr interessant. Die Arbeiterschaft wird den Bericht über diese Sitzung des Verbandes lesen und daraus alle Konsequenzen ziehen.

Klassenkampf und Klassenverföhnung.

Die rechtssozialistische Presse druckte in diesen heißen Tagen des Wahlkampfes zustimmend eine Notiz der Sozialistischen Korrespondenz des Herrn Heilmann ab, in der es heißt:

... daß der proletarische Klassenkampf eine geschichtliche Notwendigkeit und eine Tendenz, nicht aber willkürlicher Akt und ein Prinzip ist. Im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien hat sich die Sozialdemokratie die Überwindung der Klassen und der Klassenherrschaft als höchstes und letztes Ziel gesteckt. Daß diese Überwindung über den Weg des ökonomisch und politisch ausstragenden Klassenkampfes erfolgen muß, war die große Marx-Engels'sche Entdeckung, die bis heute noch von keinem bürgerlichen Defonom oder Politiker widerlegt worden ist.

Diese rechtssozialistische Charakterisierung des Klassenkampfes als geschichtsnotwendige Entwicklungstendenz ist eine glänzende

Rechtfertigung der Politik der U. S. P. D.

Hat doch die Unabhängige Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen den allerschärfsten Klassenkampf geführt, im Gegensatz zur S. P. D., die alles tat, die Klassengegenstände zu verwischen.

Die Rechtssozialisten

bewilligten alle Kriegskredite, ermöglichten damit den kapitalistischen Durchhaltern das Geschäftsmachen bis zum Zusammenbruch, ermöglichten eine viereinhalbjährige Kriegsdauer mit ihrer Majumme von Blut und Tränen, von Not und Elend, die dem Proletariat auferlegt waren, gingen nach der Revolution gemeinsam mit bürgerlichen Parteien an die Wiederaufrichtung des Klassenstaates, halfen mit bei der Schaffung des neuen Militarismus unter Führung monarchistischer Offiziere, tragen die volle Mitverantwortung für den Terror dieser bewaffneten Reaktionäre gegen das revolutionäre Proletariat, waren einverstanden mit der Verhängung des Belagerungszustandes über fast ganz Deutschland, arbeiten mit dem Unternehmertum in den Arbeitsgemeinschaften zusammen zur weiteren Befestigung der kapitalistischen Herrschaft.

Die Rechtssozialisten also betrieben eine Politik der Klassenverföhnung!

Die Unabhängige Sozialdemokratie war gegen die Kriegskredite, gegen die Koalition mit bürgerlichen Parteien, gegen den Ausnahmezustand, gegen den Wiederaufbau des Kapitalismus durch Verschleppung der Sozialisierung, gegen die Errichtung der monarchistischen Reichswehr und Entaffung des revolutionären Proletariats, gegen die Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern unter Preisgabe der grundsätzlichen Kampfstellung des Proletariats zum Kapitalismus!

Die Unabhängige Sozialdemokratie also betrieb eine Politik des Klassenkampfes!

Wählerinnen und Wähler, Arbeiter, Angestellte und Beamte! Nur die schärfste Hervorhebung eurer Interessen, nur ihre rückfällige Verfechtung im sozialen Kampfe, kann Euch die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung bringen. Möglich ist ihre Verwirklichung nur durch den uneingeschränkten Klassenkampf!

Deshalb gebt Eure Stimme am 6. Juni der Partei, die ihn unbeirrt bis jetzt geführt hat und weiterführen wird:

Wählt U. S. P. D.

Stimmt für die Liste:

Kemig-Biegler (Niederschlesien).
Gruschwitz-Müller (Mittelschlesien).

Demagogie.

Der salgen Tagen schrieb die „Volkswacht“ in einem Wahlartikel „In elf Tagen“ bezieht u. a.:

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ möchte unseren Kandidaten Löbe in seiner Anschauung über die Monarchie ver-

dächtigen, obwohl Löbe schon vor Jahrzehnten für seine republikanische Überzeugung im Gefängnis gesessen hat, während seine Kritiker noch lange, noch sehr lange der sogenannten „neutralen“ und nationalen Handlungsbewegungen angehören.

Nun, was Herr Löbe i. J. in der Friedland-Versammlung über Mehrheitsmeinung und Monarchie gesagt hat und von uns festgenagelt wurde, blieb bis jetzt seitens des Angegriffenen unberichtigt; im übrigen hat sich auch Herr Pletsch vom Vorstand der hiesigen U. S. P. D. in der Löbe-Versammlung am Freitag den Standpunkt Löbes in Friedland zu eigen gemacht. Was nun die nicht mit Namen genannten Kritiker anbetrifft, so können wir der „Volkswacht“-Redaktion mitteilen, daß Genosse Gruschwitz, der nämlich mit dem Worte-Kritiker gemeint ist, niemals einer „neutralen“ und nationalen Handlungsbewegungen angehört hat. Sollte aber mit dem Kritiker doch ein anderer Genosse gemeint sein, so könnten wir auch in diesem Falle dienen.

II.

In einem Artikel „Entlarvte Spiegel“ stellt die „Volkswacht“ die Behauptung auf, der Kommunist Brandt sei ein Spiegel und der Unabhängige Birkenfeld, der im Waldenburger Revier Versammlungen abgehalten hat, heiße gar nicht Birkenfeld, sondern stammt aus Bessalen und mußte dort wegen einer Reihe von Straftaten verschwinden. Was die Echtheit Brandts anbetrifft, so wird wohl eine Erklärung der hiesigen U. S. P. D. zu diesem Thema, die uns zugesandt wurde, genügen. Sie lautet:

Zu dem Artikel „Entlarvte Spiegel“ in der „Volkswacht“ bemerken wir, daß der darin genannte Kommunist Brandt Funktionär der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) ist. Er ist mit dem Herrn Kemig aus Liegnitz, genannt Anders, nicht identisch. Kemig ist von unserer und der Unabhängigen Partei als Spiegel entlarvt und daher aus beiden Parteien hinausgeworfen worden. Da ihm der Liegnitzer Boden zu heiß wurde, ist er nach Leipzig gegangen, wo er sicher unter falschem Namen sein Anwesen treibt. Die Angabe von der „dunklen Herkunft“ und den „bedeutenden Geldmitteln“ trifft gleichfalls auf Kemig zu. Brandt verfügt nur über das Gehalt, das er von unserer Partei erhält. Was die „dunkle Herkunft“ von Brandt anlangt, so kann jedermann bei den zuständigen Behörden Auskunft darüber nachgefordert werden.

Um der „Volkswacht“ die Kopfschmerzen über die Persönlichkeit des Genossen Birkenfeld zu nehmen, teilen wir ihr mit, daß sie recht hat, in der Annahme, daß Birkenfeld nicht der richtige Name des Genossen, der für uns im Waldenburger Revier agitatorisch tätig war, ist. Es stimmt auch, daß er aus dem nordwestdeutschen Kohlenrevier stammt, es handelt sich aber nicht um einen Mann, der gemeiner Straftaten wegen verschwinden mußte, sondern weil er an der Abwehr des Kapp-Putschs gleich Tausenden seines Gebiets als Revolutionär beteiligt war. Die „demokratische“ Justiz war und ist ihm auf den Fersen und er mußte gleich Tausenden fliehen. So steht die Wahrheit aus, und die „Volkswacht“ hätte sich wohl überlegen sollen, ob es „sozialistisch“ ist, einen politischen Flüchtling zu benutzieren.

III.

In der Löbe-Versammlung am Freitag kam es am Schluß zu unliebsamen Zwischenfällen. Rechtssozialistische und unabhängige Versammlungsbesucher standen sich drohend gegenüber. Weshalb? War es schon an und für sich eigentümlich, daß sich vor Eröffnung der Diskussion der Versammlungsleiter Mehrheitsbeschlüsse holte (man weiß, wie Mehrheitsbeschlüsse zusammekommen), um 1. zu bestimmen, daß von jeder Partei nur ein Redner sprechen durfte und zwar 2. bloß fünfzehn Minuten, so war es keineswegs demokratisch, in die so arg beschnittene Diskussion noch einen rechtssozialistischen Diskussionsredner hineinzuschleichen. Der Referent hatte doch lange genug gesprochen. Brauchte er noch Unterstützung seiner Parteifreunde? Ihm stand ja das Schlußwort zu! Genug, unabhängige Versammlungsbesucher verlangten, daß nach dem rechtssozialistischen Diskussionsredner auch noch ein U. S. P. - Mann das Wort erhalte. Erst die Ablehnung dieser berechtigten Forderung führte zum Bruch, der hätte vermieden werden können. In dem Bericht über diese Versammlung und den Zwischenfall schreibt die „Volkswacht“ am Schluß: „Einige anständige U. S. P.-Leute warfen ihr zerrißenes Mitgliedsbuch auf die Erde.“

Wir haben kein zerrißenes U. S. P.-Mitgliedsbuch gesehen und wir bitten die „Volkswacht“ um die Namen dieser Anständigen zu nennen. Sonst bleibt ihre Behauptung Phantasie, Wahl-Demagogie.

Der Bankbeamtenstreik.

Sonnabend abend fand im Schiefwerder eine Versammlung der streikenden Bankbeamten statt, um zu dem Einigungs-vorschlag des Arbeitsministeriums Stellung zu nehmen. Der Vorschlag umfaßt folgende Punkte: Gewährung besonderer Feuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Februar 1920 an und Aufnahme neuer Reichstaxiverhandlungen. Keine Bezahlung der Streittage, keine Maßregelungen. Mit 630 gegen 250 Stimmen wurde das Angebot abgelehnt und die Weiterführung des Streiks beschlossen. Auch Oberschlesien und Böhmen haben sich mit dem Vorschlag des Arbeitsministeriums nicht einverstanden erklärt. — Die Weiterführung des Streiks der Bankbeamten stellt nun an die Hand- und Kopparbeiterschaft Breslaus die Forderung, alles zu tun, um den Streikenden praktische Solidarität zu beweisen. Mit Resolutionen in diesem Sinne ist den Beamten keineswegs gedient. Sie brauchen Latsen, sie brauchen vor allen Dingen Geld, um durchhalten zu können. Zu unserem Bedauern müssen wir konstatieren, daß bis jetzt das Gewerkschaftskartell im Gegensatz zur Ufa keine Pflicht der Solidarität nicht erfüllt hat. Wir fordern deshalb alle den freien Gewerkschaften als Mitglieder oder Funktionäre angehörenden Genossen unserer Partei auf, auf die Gewerkschaftsleitungen dahin zu wirken, daß sie sofort den streikenden Bankbeamten finanziell zu Hilfe kommen. Bedeut die Gewerkschaftsbürokratie auch in diesem Falle

Verrat zu üben! Ferner bitten wir die Betriebsräte der Breslauer Betriebe in Betriebsversammlungen auf den Streik der Bankbeamten hinzuweisen und für Unterstützung zu sorgen. Die Solidarität der Hand- und Kopparbeiter ist die Tat.

Die Wirtschaftskrise

mit ihren schlimmsten Folgen der Einstellung und Einschränkung der Produktion und den Massenkassationen der Arbeiter macht sich nun auch in der Breslauer Schuhindustrie bemerkbar. Wie uns gemeldet wird, hat die Schuhfabrik Mischo ihrem gesamten Personal gekündigt. In der Schuhfabrik Dorndorf wird nur noch 24 Stunden wöchentlich gearbeitet. Die Kündigung aller im Betrieb beschäftigten Frauen steht bevor. Die Firma Gatheiner arbeitet nur 20 und die Firma Wohlauer 24 Stunden in der Woche. Mit einer Verschärfung der Entlassungen, die auch auf den Handel übergreifen werden, ist zu rechnen. Die kapitalistische Profitwirtschaft hat also zu folgender Wahnsinn-Situation geführt: Wohl sind die Maschinen usw. sehr gut intakt, wohl sind Rohstoffe durchaus vorhanden, den großen Massen der Bevölkerung mangelt es furchtbar an Schuhen, aber die Produktion wird eingestellt und eingeschränkt, die Arbeiter dem Elend preisgegeben. So steht die Ordnung der kapitalistischen Wirtschaft aus. Nur die sozialistische Planwirtschaft kann Rettung bringen.

Wahlscheine.

In der Wählerliste der Stadt Breslau für die bevorstehende Reichstagswahl eingetragene Wahlberechtigte können, wenn sie am Wahltage (den 6. Juni 1920) beruflich oder aus anderen, nötigenfalls nachzuweisenden Gründen nicht in Breslau sind oder ihren Wohnsitz seit Ablauf der Auslegung der Listen von Breslau verlegt haben, auf Wunsch in der hiesigen Wählerliste gestrichen werden und einen Wahlschein erhalten, mit dem sie in jedem beliebigen Wahlbezirk des deutschen Reichs ihr Wahlrecht ohne neue Eintragung in eine Wählerliste ausüben können. Anträge auf Ausfertigung von Wahlscheinen werden werktäglich während der Dienststunden im Wahlbüro, Zimmer 59 im 1. Stock des Stadthauses entgegengenommen und alsbald erledigt. Dort können in nächster Zeit auch die Wahlscheine abgeholt werden, die seinerzeit in der Lessing-Halle gelegentlich der Auslegung der Listen oder sonst schriftlich beantragt worden sind. Ausweispapiere sind mitzu-

bringen. Die Anträge sind baldigst zu stellen, da in den letzten Tagen eine glatte Abfertigung in Frage gestellt wird. In Ausführung von Anordnungen der vorgesetzten Behörde müssen wir die Ausgabe von Wahlscheinen spätestens am Sonnabend, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr, schließen. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. In den Fällen, in denen die Antragsteller bereits verreist sind und ihre auswärtige Adresse angegeben haben, werden die Scheine als portopflichtige Dienstsache zugeschickt werden.

Resolution.

Die Gefahr eines Rechtsputches ist in nächster Nähe gerückt. Der Arbeiterschaft legt sich nun die Frage vor, sind ausreichende Maßnahmen zur Abwehr getroffen? Als solche betrachtet sie u. a.:

- Die Eingziehung der Vermögen aller am Putch des 13. März beteiligten Personen.
- Beseitigung der kompromittierten Studenten von der Universität und der technischen Hochschule.
- Witvervaltung des Generalkommandos durch Zivilisten.
- Durchsuchung aller Guts- und Bauernhöfe auf dem Lande nach Waffen und ihre Beschlagnahme.
- Bewaffnung der Arbeiter in den Betrieben.
- Sofortige Einberufung von Versammlungen mit der Tagesordnung: „Putchgefahr von rechts.“
- Alle politischen Parteien der Arbeiterschaft werden ersucht, im Falle eines Putches in gemeinsamer Abwehr vorzugehen. Die Belegschaft des städtischen Handelshafens.

Die Bezirksgruppe Niederschlesien

des Verbandes i. d. Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschlands hielt am 26. Mai d. J. in Breslau ihre Bezirksversammlung ab. Nach Erledigung von Organisationsfragen referierte Lehrer Gonschorek. Er sprach über Christentum und Sozialismus, wobei er zeigte, wie durch den christlichen Religionunterricht der sozialistische Gedanke gefördert werden kann. In der Besprechung des anregenden Vortrags gelangte besonders zum Ausdruck, daß als unser Ziel die volle Weltlichkeit der Schule zu erstreben ist. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Verbandsorgan ist der allwöchentlich erscheinende „Sozialistische Erziehler“, der zugleich Wochenschrift der sozialistisch-pädagogischen Internationalen und für sozialistische Elternbeiräte ist.

2. Quittung für den Reichstagswahlfonds 1920.

Bis 25. Mai gingen ein: Reinert 5 Mk., Liste 180 (Pohl) 56 Mk., Liste 30, 130, 147 (Steinhaber) 61 Mk., Liste 33 und 34 (Zätsche) 75 Mk., Liste 12 und 16 (Menzel) 68,50 Mk., Liste 136

(Müller) 84,10 Mk., Liste 57 (Snech) 49 Mk., Liste 59 (Röhm) 88 Mk., Liste Hentschel 48 Mk., Liste 148-150 und 163-166 (Kuhnert) 285 Mk., Liste 22 (Wittka) 54 Mk., Liste 146 (Schroth) 64 Mk., Liste 172 (Johndorf) 36 Mk., Stoffel, Dels 50 Mk., Leuber, Kamenz 5 Mk., Bietich 2,90 Mk., Mehe 20 Mk., Liste 654 und 654-657 (Gausdorf) 214 Mk., Liste 69 (Muras) 89,70 Mk., Liste 806-820 (Ob. Gernsbach) 220,65 Mk., E. D., Leubus 10 Mk., Liste 199 (Langner) 19,90 Mk., Gchner 2 Mk., Ebersdorfer Ge-nossen 20 Mk., Ob. Gernsbach (durch Eder) 506 Mk., Liste 841 1301, 1307, 1308 (Gottschberg) 84,50 Mk., Liste 3 und 4 (Adam) 31 Mk., Liste 71 (Muras) 49,50 Mk., Liste 67 und 68 (Muras) 98 Mk., Liste 140 (Freier) 14 Mk., Liste 23 und 26 (Nowak) 87 Mk., Liste 77 und 78 (Liebs) 50 Mk., Liste 131 (Hensel) 10,50 Mk., Liste 195 und 196 (Fussly) 47 Mk., Liste 28 und 40 (Dommer) 56 Mk., Liste Brichel 13 Mk., Liste 54 (Bräuer) 16 Mk., Sammlung (Rothenbach) 20 Mk., Liste 821-830 (Rothenbach) 207,75 Mk., Liste 845, 855-858, 1289 und 1290 (Mit-Lässig) 103,70 Mk., (bereits quittiert 2261,58 Mk.) Summa 5151,18 Mk. Weitere Beiträge zum Wahlfonds werden jederzeit im Geschäftszimmer des Wahlausschusses für Schlesien, Nikolaistr. 49/50 (ober bei der Bezirksleitung) entgegengenommen. Die Sammel-listen müssen gleichfalls zur Kontrolle eingekandt werden. Oswald Scholz, Kassierer.

Berichtigung: In der ersten Quittung muß es heißen Belegschaft Dorndorf 471 Mk.

Letzte Nachrichten.

Diktatur des Bank-Kapitals.

Der Allgemeine Verband der Bankbeamten teilt uns mit, daß der Reichsverband der Bankleitungen den Eingangs-Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt hat. Mit dem Generalkreis der Bankbeamten in Berlin ist daraufhin zu rechnen.

Im Luna-Park finden außer den sonstigen zahlreichen Darbietungen täglich große Konzerte statt. Näheres siehe Inserat.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ulbrich; Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, Knaulitz in Breslau.



Stadttheater.
Dienstag 7 Uhr:
Hanon.

Mittwoch 7 Uhr:
Madame Mutterku.

Chelie-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Rose Bernd.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. XI. Nr. 2545
Dienstag und Mißl. 7 1/2 Uhr:
Die Frau Ministerpräsident.

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Eckhart.

Freitag 7 1/2 Uhr:
Wiener Blut.

Sonntag 7 1/2 Uhr:
Jan 23. Heide.

Die Frau Ministerpräsident.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Gardsfürstin.

Viktor-
Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Mädel aus dem Paradies.

Figaro-
Theater
Bischofstraße 4/5
Famsp. Obia 1769.

Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Die Pfarrhauskomödie
von H. Lautensack
und das
vollständige neue
Juni-Programm.

LIEBICH-
Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der grosse Erfolg
des neuen Juni-
Programms.

Der Teufel
und die
Madonna
Tagesprogramm.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Anfang
Neue Kapelle
6 Uhr
Täglich Konzert
Damen-Streich-
Orchester
Dir. P. Schmitz

Kranke
Harn- und Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.
Heilmittel Fr. Joschke,
Palaststr. 22, II. Tel. Obia 1221.
9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

Handwerkerliste gratis
P. Müller, Nikolaistr. 16/17

ZIRKUS
LUSI
Tägl. 7 1/2 8 Uhr

Ringen
Abend
die
groszen
Kanonen.

VEREIN
Barnack, Siles & Co. T.
Sternstr. 1 / Die-Böden, East-
Ende 17. Tel. 1 / Lager, Ostsch.
Erd. Wälschstr. 2. / Zirkus-
tische 11-2. Tel. 932. / Obia.

Eden
Theater
Lichtspiele
in höchster Vollendung
Nikolaistrasse 27.

Ab Dienstag täglich:
Nic Carter:
Der Vampyr
von St. Louis
2. Teil.

4 Akte aus dem Tagebuch
des berühmten Detektivs.
Eva kann
nicht küssen
Lustspiel in 3 g. Akten.
Bobby der
Abenteurer
Eine lustige Geschichte
in 3 Akten.

Der Teufel
und die
Madonna
Tagesprogramm.

Die Stimme
des
Gewissens
Sensationelles
Sittenbild in fünf
spannenden Akten.

Zeitgarten
Dir. Hans Krsinsik
im herrl. Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die wichtigsten
Spezialitäten.
Ab 1. Juni:
Vollständig neues
Riesenprogramm.

Schöne helle
Schlafzimmer
Lehrend:
1 Schrank, 1 Wasch-
tisch mit Platte
und Spiegel, 2 Bett-
stellen mit Patent-
auflegematratzen und
Sitz, 2 Nach-
tische mit Platte
Max Giesel
Bräderstr. 23.

Achtung! Wo?
kann man was und mehr.
Nebel sowie ganz Er-
richtungen am liebsten
und verteiltesten?
Bei H. Kluge,
Krausstr. 12, nur i. Eig.

Gummivaren
Erdbeeren, Kirschen,
Erdbeeren, Erdbeeren,
Dauerhafte
H. Kluge,
Breslau I, Nikolaistr. 12,
3. Stock vom Ring.

Geb. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus
für
Herren u. Knaben
nur eigene Fabrikation.

Inserate
haben in der Schl. „Ab.-Ztg.“
größten Erfolg

Achtung! Radfahr
Sämtliche Parteigenossen, die Inhaber von
sind, melden sich Donnerstag, den 3. Juni,
6 Uhr im Parteibüro beim Genossen Langner,
geb. des Wahlausschusses. Es ist unbedingt
jedes radfahrenden Genossen zur Stelle zu sein.

Wittwoch nachmittags 6 Uhr:
Frauenbesprechung
Malergasse 26, „Stadt Wien“

Mittwoch
7 1/2 Uhr im Parteibüro Nikolaistrasse.
Donnerstag
7 1/2 Uhr Versammlungen folgender Distrikt:
Distrikt 2
Distrikt 3
Distrikt 4
Distrikt 5
Distrikt 6a
Distrikt 6b
Distrikt 7
Distrikt 8a
Distrikt 8b
Distrikt 9a
Distrikt 9b
Distrikt 10
Distrikt 11
Distrikt 12
Distrikt 13
Distrikt 14
Distrikt 15
Distrikt 16
Distrikt 17
Distrikt 18
Distrikt 19
Distrikt 20
Distrikt 21
Distrikt 22
Distrikt 23
Distrikt 24
Distrikt 25
Distrikt 26
Distrikt 27
Distrikt 28
Distrikt 29
Distrikt 30
Distrikt 31
Distrikt 32
Distrikt 33
Distrikt 34
Distrikt 35
Distrikt 36
Distrikt 37
Distrikt 38
Distrikt 39
Distrikt 40
Distrikt 41
Distrikt 42
Distrikt 43
Distrikt 44
Distrikt 45
Distrikt 46
Distrikt 47
Distrikt 48
Distrikt 49
Distrikt 50

Veranstaltungskalender der U.S.P.
Breslau.
Mittwoch
7 1/2 Uhr im Parteibüro Nikolaistrasse.
Donnerstag
7 1/2 Uhr Versammlungen folgender Distrikt:
Distrikt 2
Distrikt 3
Distrikt 4
Distrikt 5
Distrikt 6a
Distrikt 6b
Distrikt 7
Distrikt 8a
Distrikt 8b
Distrikt 9a
Distrikt 9b
Distrikt 10
Distrikt 11
Distrikt 12
Distrikt 13
Distrikt 14
Distrikt 15
Distrikt 16
Distrikt 17
Distrikt 18
Distrikt 19
Distrikt 20
Distrikt 21
Distrikt 22
Distrikt 23
Distrikt 24
Distrikt 25
Distrikt 26
Distrikt 27
Distrikt 28
Distrikt 29
Distrikt 30
Distrikt 31
Distrikt 32
Distrikt 33
Distrikt 34
Distrikt 35
Distrikt 36
Distrikt 37
Distrikt 38
Distrikt 39
Distrikt 40
Distrikt 41
Distrikt 42
Distrikt 43
Distrikt 44
Distrikt 45
Distrikt 46
Distrikt 47
Distrikt 48
Distrikt 49
Distrikt 50

Freitag
abends 7 1/2 Uhr.
Distrikt 1
Distrikt 2
Distrikt 3
Distrikt 4
Distrikt 5
Distrikt 6
Distrikt 7
Distrikt 8
Distrikt 9
Distrikt 10
Distrikt 11
Distrikt 12
Distrikt 13
Distrikt 14
Distrikt 15
Distrikt 16
Distrikt 17
Distrikt 18
Distrikt 19
Distrikt 20
Distrikt 21
Distrikt 22
Distrikt 23
Distrikt 24
Distrikt 25
Distrikt 26
Distrikt 27
Distrikt 28
Distrikt 29
Distrikt 30
Distrikt 31
Distrikt 32
Distrikt 33
Distrikt 34
Distrikt 35
Distrikt 36
Distrikt 37
Distrikt 38
Distrikt 39
Distrikt 40
Distrikt 41
Distrikt 42
Distrikt 43
Distrikt 44
Distrikt 45
Distrikt 46
Distrikt 47
Distrikt 48
Distrikt 49
Distrikt 50

Sonntag
nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Gardsfürstin.